

Wahlprüfstein DIE LINKE

Verein Deutsche Sprache e.V.
Geschäftsstelle Dortmund
Postfach 10 41 28
D-44041 Dortmund

Wahlprüfsteine des Vereins Deutsche Sprache e.V.

Der Verein Deutsche Sprache e.V., mit weltweit 36.000 Mitgliedern der größte Sprach- und Kulturverein in Deutschland, setzt sich seit 1997 dafür ein, dass unsere Landessprache gefördert und ausgebaut wird.

1. Stellung der deutschen Sprache

1. Laut Wahlprogramm will DIE LINKE die Minderheitensprachen in Deutschland durch das Grundgesetz schützen lassen und mit Institutionen und Projekten zum Erhalt und zur Pflege der Minderheitensprachen und -kulturen beitragen.

Was würde DIE LINKE zur Förderung und zur Pflege der deutschen Sprache unternehmen?

DIE LINKE würde sich für eine ausreichende Finanzierung zur Förderung und Pflege der deutschen Sprache einsetzen.

2. Würde DIE LINKE die Forderung des VDS unterstützen, Deutsch als Landessprache im Grundgesetz zu verankern? Bitte Gründe für die Antwort anführen.

Die Bedeutung der deutschen Sprache für die Kultur und das Zusammenleben in Deutschland ist für uns unstrittig. Wir sehen aber keine Notwendigkeit, die Deutsche Sprache im Gesetzestext extra zu erwähnen und sie damit auch aus der Gesamtheit kultureller Ausdrucksformen herauszuheben. Wir sehen generell keine Notwendigkeit für gesetzliche Neuregelungen zum Schutz der deutschen Sprache. Sie sind unserer Auffassung nach ungeeignet zu ihrer Förderung und Weiterentwicklung.

2. Deutsch in den Einrichtungen der Europäischen Union

3. DIE LINKE äußert sich in ihrem Wahlprogramm nicht zur Bedeutung der deutschen Sprache in der Europäischen Union. Deutsch wird gegenüber Englisch und Französisch benachteiligt, obwohl es die Sprache der größten muttersprachlichen Gemeinschaft in der EU und eine der drei Arbeitssprachen ist.

Wird sich DIE LINKE um eine Stärkung der deutschen Sprache in den EU-Einrichtungen bemühen und - wenn ja - mit welchen Mitteln?

DIE LINKE sieht die überwiegende Verwendung des Englischen und Französischen als Arbeitssprache nicht als problematisch an, da die Arbeitssprachen von den Beteiligten jeweils pragmatisch vereinbart werden und insbesondere Englisch die mit Abstand meistgelernte Sprache ist. In Verhandlungsgremien der EU wird für die deutschen Vertreter stets sichergestellt, dass eine Verdolmetschung gewährleistet wird.

Um Transparenz über die Arbeit der EU in der Öffentlichkeit herzustellen und eine effektive politische Mitgestaltung des Bundestags in EU-Angelegenheiten zu gewährleisten, ist aber eine umfassende, vollständige und zeitnahe deutsche Übersetzung der Dokumente und Texte unbedingt erforderlich. Hier kommt die Bundesregierung ihren Verpflichtungen nicht genug nach, die Übersetzungen von der EU zu fordern, wenn das Sprachenregime oder die Regelungen des EU-Gremiums Übersetzungen vorsehen. Dafür muss dann auch entsprechend im EU-Haushalt vorgesorgt werden. Im anderen Fall ist die Bundesregierung gegenüber dem Bundestag verpflichtet Übersetzungen anzufertigen, wenn das Informationsinteresse des Bundestages in einer Abwägung gegenüber den anderen verfassungsrechtlichen Interessen überwiegt.

Im Bundestag ist die fehlende oder unvollständige Übersetzung von EU-Vorlagen und relevanten Dokumenten mittlerweile zu einem unhaltbaren Problem geworden, das die Wahrnehmung der Informations-, Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestags in signifikanter Weise beschränkt. Ausreichende Fremdsprachenkenntnis der Parlamentarier darf nicht die Voraussetzung für die Ausübung der Mitwirkungs- und Kontrollrechte sein. In Zukunft sollten nicht übersetzte Dokumente konsequenter von den Ausschüssen zurückgewiesen werden. Wenn es um qualifizierte Mitwirkungsrechte oder die Integrationsverantwortung des Bundestages geht, müssen gegebenenfalls auch Organstreitklagen vor dem Bundesverfassungsgericht angestrebt werden. Doch dagegen sperren sich die Koalitionsfraktionen leider.

4. Wie könnte der bevorstehende Brexit genutzt werden, um die Kenntnis und die Verbreitung der anderen EU-Sprachen zu stärken?

Nach der Brexit-Entscheidung gab es bereits Diskussionen, ob Englisch weiterhin Amtssprache der EU sein würde, da Malta und Irland andere Sprachen als Amtssprachen für die EU angemeldet haben. Letztlich wird der Rat einstimmig über die Sprachenfragen entscheiden. Die Gelegenheit sollte genutzt werden, um über die Probleme der Dominanz des Englischen und

Wege der Förderung der Mehrsprachigkeit in der EU zu reden. Englisch sollte aus pragmatischen und Kostengründen nicht einfach als Arbeitssprache gestrichen werden, aber die Mehrsprachigkeit sollte stärker mit EU-Mitteln gefördert werden. Bei der Frage, welche Schwerpunktsprachen dabei besonders gefördert werden sollen, müssen zwei Aspekte berücksichtigt werden: Es muss diskutiert werden, ob neben den bereits quantitativ starken Sprachen wie Spanisch, Deutsch und Französisch nicht auch eine Sprache Osteuropas gefördert werden sollte. Daneben sollte beachtet werden, dass Deutschland wirtschaftlich von der Konstruktion des Binnenmarktes und des Euros profitiert, so dass in den letzten Jahren der Eurokrise die Nachfrage nach Deutschkursen im Ausland stark gestiegen ist und eine besondere EU-Förderung weniger notwendig scheint. Die Bundesregierung, beziehungsweise das Auswärtige Amt, sollten selbst ihre Finanzierung des Goethe-Instituts verbessern, um ein ausreichendes themenorientiertes Sprachkursprogramm in den EU-Mitgliedstaaten und europäischen Nachbarländern anbieten zu können.

3. Deutsch in der Schule und als Sprache der Wissenschaft

5. DIE LINKE will das Bildungssystem laut Wahlprogramm so verändern, dass die Vielfalt der Herkunft und des kulturellen Hintergrundes als Chance begriffen werden. Zuwanderer und Flüchtlinge sollen besser gefördert werden.

Wie sollen die Muttersprachen von Zuwanderern in das deutsche Bildungssystem eingebunden werden?

Die schulische Bildung von zugewanderten und zu uns geflüchteten Kindern und Jugendlichen ist kein temporäres Problem, sondern eine dauerhaft im Bildungssystem zu lösende Aufgabe. Dafür müssen die Voraussetzungen umfassend geschaffen werden. DIE LINKE setzt sich daher dafür ein, dass mehr Pädagog*innen mit DaZ- oder DaF-Ausbildung an allen Schulen, in denen geflüchtete Kinder unterrichtet werden, fest angestellt werden. Darüber hinaus müssen die Lehrkräfte Möglichkeiten für Fortbildungen zum Umgang mit sprachlicher Heterogenität und zur Alphabetisierung erhalten. Auch wenn das Erlernen der deutschen Sprache zunächst im Vordergrund stehen muss, sollten Möglichkeiten geschaffen werden, die Herkunftssprache als erste oder zweite Fremdsprache anerkannt zu bekommen und in ihr alphabetisiert zu werden.

6. Welche Maßnahmen will DIE LINKE einleiten, um Deutsch in der Wissenschaft als Publikationssprache und insbesondere als Sprache der Lehre zu erhalten und zu stärken?

Insbesondere in den Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften, die als Diskurswissenschaften zur Selbstverständigung der Gesellschaft beitragen, bleibt die Stärkung der deutschen Sprache auf der Tagesordnung. Zugleich wollen wir der Heterogenität der Studierenden und der Lehrenden gerecht werden. Daher geht es aus unserer Sicht darum, die Mehrsprachigkeit der Wissenschaft bewusst zu schulen. Das heißt, dass sowohl die Deutschkenntnisse ausländischer Studierender und Lehrender zu fördern sind als auch die Nutzung anderer Wissenschaftssprachen in hiesigen Hochschulen. Sprachbarrieren sollten durch zusätzliche Kurse abgebaut werden.

4. Deutsch in der Verwaltung

7. Laut Wahlprogramm der LINKEN soll der öffentliche Dienst mehrsprachig werden, um Menschen mit Migrationshintergrund zu helfen. Derzeit wird in Behörden und öffentlichen Einrichtungen versucht, Gleichberechtigung der Geschlechter durch Veränderungen an der Wortstruktur und Grammatik auch sprachlich umzusetzen.

Welche konkreten Maßnahmen sollten erfolgen, um den öffentlichen Dienst mehrsprachig auszurichten?

DIE LINKE befürwortet Zielgrößen bei der Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, wie auch in der privaten Wirtschaft. Dies muss verbunden werden mit einer positiven Berücksichtigung von - bei Migrantinnen und Migranten oftmals stärker vorhandenen - interkulturellen Kompetenzen oder Mehrsprachigkeit was gerade im öffentlichen Dienst von großer Bedeutung ist.

Damit Mehrsprachigkeit auch in der Gesellschaft einen größeren Stellenwert bekommt ist das Engagement auf vielen Ebenen nötig. Öffentliche Einrichtungen, Kindereinrichtungen und Schulen, private Vereine und Verbände sowie private und öffentliche Angebote der politischen Bildung können dazu einen großen Beitrag leisten. Voraussetzung dafür ist, dass die Angebote kostenfrei und für alle zugänglich sind. Zwei- und Mehrsprachigkeit, Akzeptanz und Toleranz gegenüber verschiedenen kulturellen Traditionen sind ein Vorteil für Bildungsprozesse. Deshalb sollen Kindereinrichtungen und Schulen so ausgestattet sein, dass eine auf individuell unterschiedliche Lernbedürfnisse ausgerichtete Pädagogik möglich wird. Das alles erfordert eine bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Lehr-, Lern- und Hilfsmitteln, vor allem aber mehr gut ausgebildetes Personal, verstärkt mit Migrationshintergrund.

8. Wie steht die DIE LINKE zu den Auswirkungen der administrativ verordneten sog. „geschlechtergerechten Sprache“ auf das Standarddeutsche, dessen Funktionalität als Kommunikationsmittel dadurch eingeschränkt wird?

DIE LINKE unterstützt eine einschließende Ansprache für alle als langfristiges Ziel. Eine grundsätzliche Einschränkung der Funktionalität als Kommunikationsmittel sehen wir daher nicht.